

Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2018

Einzelplan 03



Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03	2
1 Neuorganisation der Landesregierung 2017	3
2 Einnahmen	3
3 Ausgaben	4
3.1 Gesamtausgaben	4
3.2 Personalausgaben	5
3.3 Sachausgaben	6
4 Wesentliche Veränderungen (mit Ausnahme Personalhaushalt)	7
4.1 Bei den Einnahmen	7
4.2 Bei den Ausgaben	7
5 Personalhaushalt	8
5.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben	8
5.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen	8
5.3 Kw-Vermerke	11
5.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	12
II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln	15
03 010 Kapitel Ministerium	16
03 020 Kapitel Allgemeine Bewilligungen	18
03 110 Kapitel Polizei	19
03 130 Kapitel Deutsche Hochschule der Polizei	23
03 310 Kapitel Fünf Bezirksregierungen	24
03 320 Kapitel Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW	26
03 350 Kapitel Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	29
03 710 Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung	31
03 750 Kapitel Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster	32
03 810 Kapitel Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	34
03 900 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	35
03 910 Kapitel Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibe- hörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinter- bliebenen	36

I.
Überblick
über den
Einzelplan 03

Der vorliegende Erläuterungsband bezieht sich auf den Entwurf des Haushalts 2018.

1 Neuorganisation der Landesregierung 2017

Die organisatorische Umgestaltung der obersten Landesbehörden aus Anlass der Neubildung der Landesregierung 2017 hat den Aufgabenzuschnitt des Innenressorts stark verändert. Der Bereich Ausländer- und Asylangelegenheiten sowie das Staatsangehörigkeitswesen, das komplette Aufgabengebiet Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Bereich Automation (CIO) einschließlich der Dienstaufsicht über den Landesbetrieb IT.NRW sind in die Zuständigkeit anderer Ressorts übergegangen. Das Ministerium des Innern weist fortan einen wesentlich höheren Spezialisierungsgrad auf Themen der Inneren Sicherheit auf.

Die Veränderungen haben im Haushalt 2017 umfangreiche Umsetzungen von Haushaltsmitteln und Planstellen bzw. Stellen nach § 50 Abs. 1 LHO zur Folge gehabt:

Planstellen und Stellen	Stellen	Einnahmen	Ausgaben	VE
		in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Mio. EUR
Epl. 03 (2017) vor Umress.	58.573	193,29	8.307,25	973,32
• An Epl. 07 (MKFFI)	-67	-1,64	-2.787,84	-693,12
• An Epl. 08 (MHKGB)	-41	0,00	-4,77	0,00
• An Epl. 14 (MWIDE)	-1.971	-0,27	-149,69	-20,60
• An Epl. 11 (MAGS)	-2	0,00	-0,03	0,00
• An Epl. 06 (MKW)	-7	0,00	-0,10	0,00
Epl. 03 (2017) nach Umress.	56.485	191,39	5.364,82	259,60
Nachtrag 2017	165	0,00	14,54	23,01
Epl. 03 (2017) Nachtrag	56.650	191,39	5.379,35	282,61

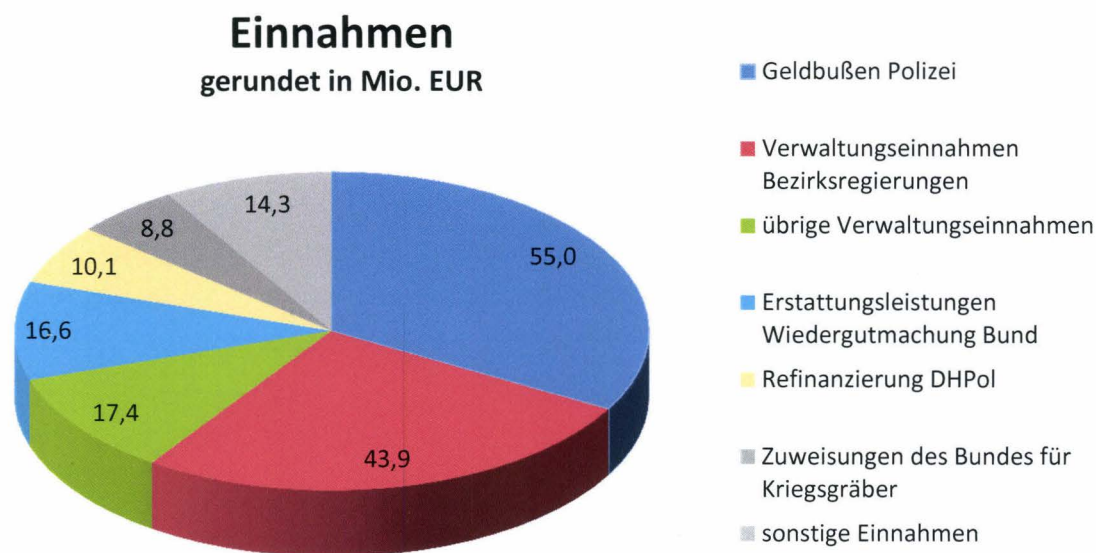
Angaben in diesem Erläuterungsband, die sich auf Vorjahreswerte beziehen, legen den Stand des Haushalts 2017 inklusive des Nachtragshaushaltes zugrunde.

2 Einnahmen

Die Gesamteinnahmen sinken gegenüber dem Vorjahreshaushalt um rund 20 Mio. EUR auf nunmehr 166,01 Mio. EUR. Grund dafür ist hauptsächlich der Wegfall von Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahl 2017 (-15,48 Mio. EUR). Außerdem werden für Einnahmen aus Verwargeldern der Polizei 2 Mio. EUR weniger veranschlagt als im Vorjahr. Die Erstattung von Entschädigungslasten

durch den Bund nach § 172 BEG reduziert sich um etwa 1,6 Mio. EUR. Auch die Einnahmen für Gebühren und tarifliche Entgelte im Bereich Vermessung- und Katasterwesen der Bezirksregierungen sinken um rund 1 Mio. EUR.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die Einnamemstruktur des Einzelplans:



3 Ausgaben

3.1 Gesamtausgaben

Das Ausgabevolumen 2018 beträgt 5.546,48 Mio. EUR, wobei sich die Ansätze der Ausgaben im Einzelplan insgesamt gegenüber dem Vorjahr um rund 167,2 Mio. EUR erhöhen.

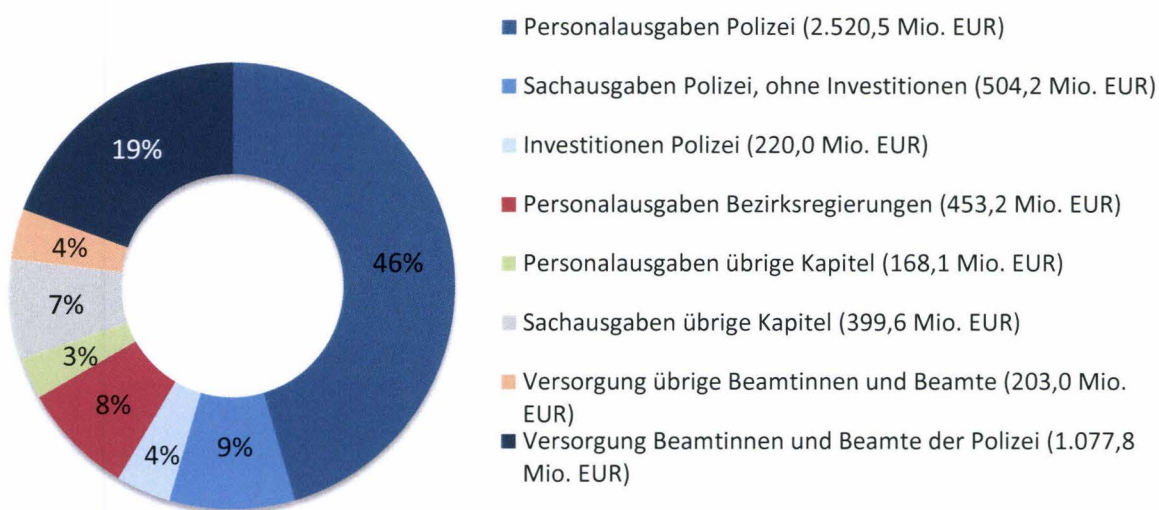
Gesamtausgaben	2018 Mio. EUR	2017 Mio. EUR	+/- Mio. EUR	in v.H.
Einzelplan, hiervon	5.546,482	5.379,279	167,203	3,11
• Personalausgaben	4.413,139	4.294,760	118,379	2,76
• Sächliche Verwaltungsausgaben	744,980	704,288	40,692	5,78
• Zuweisungen und Zuschüsse	98,318	130,994	-32,676	-24,94
• Baumaßnahmen und Investitionen	310,911	270,160	40,751	15,08
• Besondere Finanzierungsausgaben	-20,865	-20,922	0,057	-0,27

Die Personalausgaben (siehe Nr. 3.2) erhöhen sich dabei um etwa 118,38 Mio. EUR.

Sowohl die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5), als auch Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8) steigen gegenüber dem Vorjahr um gut 40,7 bzw. 40,8 Mio. EUR. Die Reduzierung der Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von ca. 32,7 Mio. EUR ergibt sich aus dem Wegfall der Ausgaben für die Durchführung der Landtags- und der Bundestagswahl 2017.

Die nachstehende Grafik zeigt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur** des Einzelplans.

Ausgabenstruktur EP 03



Den mit Abstand größten Ausgabenblock stellen mit rund 46 % die Personalausgaben der Polizei dar. Gemeinsam mit den Sachausgaben der Polizei und den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte der Polizei kommt die Polizei auf fast 80 % der Gesamtausgaben. Bei den übrigen Ausgabenblöcken des Einzelplans kommen die Personalausgaben der Bezirksregierungen auf etwa 8 % der Gesamtausgaben, die Sachausgaben aller übrigen Kapitel machen zusammen 7 % der Gesamtausgaben aus.

3.2 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind rund 118,4 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalhaushalt	2018 Mio. EUR	Anteile	2017 Mio. EUR	+/- Mio. EUR	in v.H.
Einzelplan, hiervon	4.413,14	100,0 %	4.294,76	118,38	2,76
• Polizei	2.520,55	57,1 %	2.476,43	44,11	1,78
• Versorgung	1.271,30	28,8 %	1.206,74	64,56	5,35

Entwurf des Haushaltsplans 2018
Erläuterungen zum Einzelplan 03

• Bezirksregierungen	453,18	10,3 %	452,30	0,88	0,20
• Ministerium	66,83	1,5 %	63,00	3,83	6,08
• Beihilfen	44,88	1,0 %	48,06	-3,18	-6,61
• FHöV	34,94	0,8 %	28,22	6,73	23,83
• DHPol	9,53	0,2 %	9,09	0,44	4,88
• Feuerschutz und IdF	8,50	0,2 %	8,02	0,48	6,01
• Aus- u. Fortbildungseinrichtungen	3,42	0,1 %	2,90	0,52	17,97

Die Personalausgaben der Polizei erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um über 44 Mio. EUR. Dies ist hauptsächlich durch die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag begründet, insbesondere die Einstellung von 500 Tarifbeschäftigten als Verwaltungsassistenten und die Erhöhung der Einstellungsermächtigungen um 300 auf jährlich 2.300. Auch die Steigerung der Personalausgaben bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) um knapp ein Viertel der bisherigen Ansätze resultiert hauptsächlich aus der Erweiterung der Kapazitäten für die Ausbildung der Kommissarinnen und Kommissare bei der Polizei.

3.3 Sachausgaben

Sachhaushalt	2018 Mio. EUR	Anteil	2017 Mio. EUR	+/- Mio. EUR	in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.133,34	100,0 %	1.084,52	48,82	4,50
• Polizei	724,1582	63,9 %	676,359	47,80	7,07
• Bezirksregierungen	164,8902	14,5 %	156,2475	8,64	5,53
• Feuerschutz und IdF	88,7311	7,8 %	76,2128	12,52	16,43
• Ministerium	81,8239	7,2 %	108,6536	-26,83	-24,69
• Wiedergutmachung	42,5807	3,8 %	46,01	-3,43	-7,45
• FHöV	27,7564	2,4 %	21,4678	6,29	29,29
• Aus- u. Fortbildungseinrichtungen	10,0794	0,9 %	9,6194	0,46	4,78
• Versorgung	9,5739	0,8 %	6,4147	3,16	49,25
• DHPol	3,2436	0,3 %	3,0286	0,22	7,10
• Allgemeine Bewilligungen	-19,4939	-1,7 %	-19,4939	0,00	0,00

Wie bei den Personalausgaben, ist auch die Erhöhung der Ansätze für Sachausgaben bei der Polizei und der FHöV eng mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag bzw. deren Folgewirkungen verbunden. Danach soll die Polizei unter anderem technisch und organisatorisch gestärkt werden.

Die Ansatzreduzierung im Ministerialkapitel ergibt sich aus dem Wegfall der Ausgaben für die Durchführung der Landtags- und der Bundestagswahl.

4 Wesentliche Veränderungen (mit Ausnahme Personalhaushalt)

Als wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind festzuhalten:

4.1 Bei den Einnahmen

- Wegfall der Erstattungen zur Durchführung der Bundestagswahl -15,50 Mio. EUR
- Erwartete Mindereinnahmen bei Verwarngeldern der Polizei -2,00 Mio. EUR
- Mindereinnahmen im Bereich der Wiedergutmachung -1,63 Mio. EUR
- Mindereinnahmen im Bereich Vermessung- und Katasterwesen der Bezirksregierungen -1,05 Mio. EUR

4.2 Bei den Ausgaben

- IuK-Ausstattung Polizei 44,46 Mio. EUR
- Feuerschutz: Landeszuschüsse an Gemeinden 15,43 Mio. EUR
- Mehrausgaben für die Liegenschaften der Polizei 8,71 Mio. EUR
- Sachausgaben bei der FHöV 6,29 Mio. EUR
- IT-Ausstattung im IM 4,96 Mio. EUR
- IT-Ausstattung bei den Bezirksregierungen 3,96 Mio. EUR
- Verstärkung der Mietausgaben bei den Bezirksregierungen 3,87 Mio. EUR
- Mehrausgaben für den Verfassungsschutz 3,76 Mio. EUR
- Leasing von Polizei-Funkstreifenwagen 3,10 Mio. EUR
- Erweiterung der UfA Büren 3,05 Mio. EUR

- Ausgaben im Bereich der Wiedergutmachung -3,43 Mio. EUR
- Aktuelle Haushaltsunterlage BOS Digitalfunk -6,79 Mio. EUR
- Durchführung der Landtags- und Bundestagswahl -31,30 Mio. EUR

5 Personalhaushalt

5.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben

Ausgaben für aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten (Hauptgruppe 4 abzüglich Versorgungskapitel) ergeben sich per Saldo um 53,82 Mio. EUR erhöhte Ansätze.

Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Die Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit sowie aufgrund steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Finanzministeriums berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.280,87 Mio. EUR um 67,72 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

5.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen

Stellenbestand

Gegenüber dem vorherigen Haushalt (56.650) stehen mit 57.785 per Saldo 1.135 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **1.628** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht, denen
- **493 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2018	2017	Saldo	Neu	davon mit kw-Befruchtung
Einzelplan, hiervon	57.785	56.650	1.135	1.628	680
• Polizei	47.802	46.855	947	1.421	664
• Fünf Bezirksregierungen	8.107	8.092	15	25	0
• Ministerium	1.104	1.056	48	57	16
• FHöV	458	347	111	111	0
• Institut der Feuerwehr	142	137	5	5	0
• DHPol	112	112	0	0	0
• Aus- und Fortbildung	60	51	9	9	0

Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind **1.628 neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf folgende Bereiche:

- Für die **Polizei** sind 1.421 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgaben vorgesehen:
 - 650 Planstellen zur Übernahme von geprüften Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtlern, davon 514 kw zum 31.12.2018
 - 500 Stellen für Verwaltungsassistenten, Entlastung der Schutz- und Kriminalpolizei von Verwaltungsaufgaben
 - 150 Planstellen zur Fortsetzung des Stellenpools für Lebensarbeitszeitverlängerungen, kw 31.12.2019
 - 30 Planstellen und Stellen für Spezialisten im LKA
 - 20 Stellen für AMOK-TE-Training, davon 8 beim LAFP sowie 12 bei den Kreispolizeibehörden
 - 20 Stellen für Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen
 - 15 Stellen für das LAFP aufgrund steigender Einstellungszahlen
 - 10 Planstellen A 15 für Juristen in den Zentralabteilungen größerer PPs und den LOBs
 - 7 Planstellen für IT-Fachbeamte
 - 6 Planstellen und Stellen für einen Polizeiarzt sowie medizinische Assistenzkräfte
 - 5 Stellen für Projektaufgaben im Zusammenhang mit der Erneuerung und Erweiterung von Telekommunikationsanlagen und dem Polizeinetz
 - 3 Stellen Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen
 - 3 Stellen für das Projekt SKALA (Predictive Policing)
 - 2 Stellen für Quellen-TKÜ

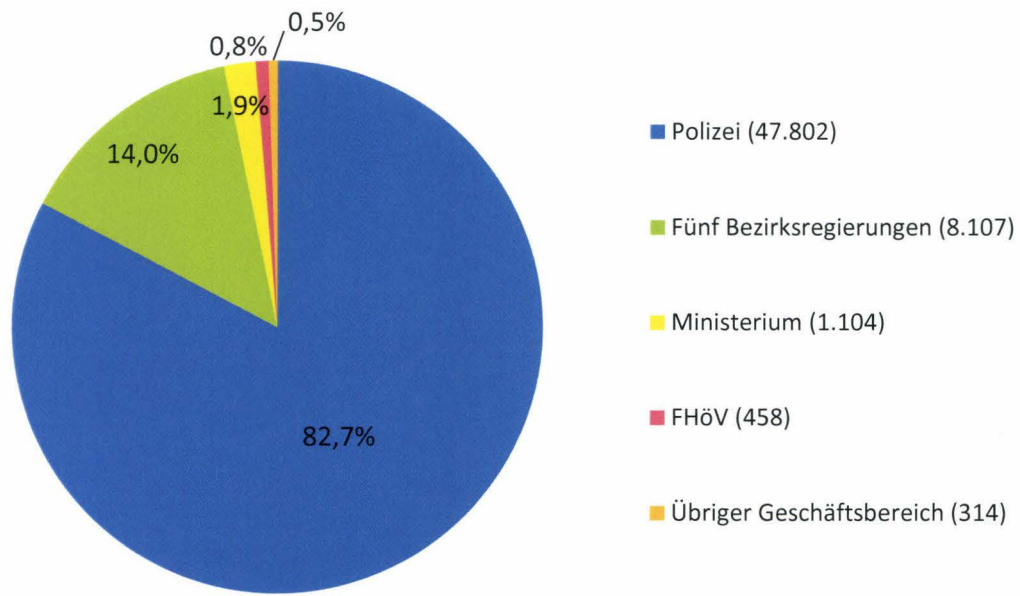
- Bei der **Fachhochschule für öffentliche Verwaltung** sind insgesamt 111 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgabenbereiche vorgesehen:
 - 24 Planstellen für die Lehre aufgrund der Erhöhung der Einstellungszahlen der Polizei, davon 14 an Stelle von zusätzlichen Abordnungen
 - 9 Stellen für die Verwaltung für den Aufbau und Betrieb zweier neuen Außenstellen aufgrund der Erhöhung der Einstellungszahlen der Polizei
 - 30 Planstellen für die Lehre und die Verwaltung zur Verbesserung der Qualität der Ausbildung (Vorgaben Hochschulrecht, Akkreditierungskriterien, Vermeidung von Unterrichtsausfall)
 - 46 Stellen für die Verwaltung, budgetneutral durch Einsparung von Mitteln für befristete Arbeitsverhältnisse/ Aushilfskräfte

- 2 Stellen für die Verwaltung (Bedarfsanpassung in den Querschnittsbereichen, Umsetzung Akkreditierungsgutachten)
- Im **Ministerium** sind 57 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgabebereiche vorgesehen:
 - 37 Planstellen und Stellen zur Stärkung der Inneren Sicherheit (Polizei, Verfassungsschutz, Feuerschutz und Hilfeleistung)
 - 4 Planstellen wegen zentraler ressortweiter Zuständigkeit für das Gesundheitsmanagement
 - 16 Stellen zur Übernahme von Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen; kw zum 31.12.2022
 - Für die **Bezirksregierungen** sind 25 neue Planstellen und Stellen für folgende Aufgaben vorgesehen (in Klammern das jeweilige Fachressort):
 - 13 Planstellen für Straßenverkehr, Planfeststellungsverfahren (VM)
 - 2 Stellen für Luftsicherheitsgesetz (VM)
 - 10 Planstellen für die Erweiterung der Aufnahmekapazität der UfA Büren (MKFFI)
 - Das **Institut der Feuerwehr** erhält zur Stärkung der hauptamtlichen Angehörigen in der Gefahrenabwehr 4 Planstellen und Stellen. Eine weitere Planstelle wird zur Stärkung des Digitalfunks vorgesehen.
 - Beim **Institut der öffentlichen Verwaltung NRW** werden 2 neue Stellen für die Verwaltung eingerichtet. Für die **Fortbildungsakademie Herne** sind 4 Planstellen und Stellen für die Einrichtung eines neuen Fachbereichs E-Government vorgesehen. Weitere 3 Planstellen und Stellen werden dort für die Verwaltung vorgesehen.

Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:

Personalverteilung im Geschäftsbereich des IM



5.3 Kw-Vermerke

Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr - nach der Neuressortierung der Landesregierung - ist die Zahl der kw-Vermerke insgesamt von 2.227 um 185 auf 2.042 gesunken. Hierbei sind:

- 483 kw-Vermerke **realisiert** oder in andere Bereiche **umgesetzt**.
- 382 kw-Vermerke **gestrichen**.
- 680 kw-Vermerke **neu** ausgebracht, hiervon:
 - Polizei 664
 - für die Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen 16

Es ergeben sich folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

Kw-Vermerke	2018	2017	Realisiert/ umgesetzt	Gestri- chen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	2.042	2.227	-483	-382	680	-185
• Polizei	1058	1214	-470	-350	664	-156
• Bezirksregierungen	908	914	-1	-5	0	-6
• Ministerium	75	71	-12	-	16	4
• DHPol	1	1	0	-	0	0
• Aus- u. Fortbildungseinr.	0	2	0	-2	0	-2
• FHöV	0	25	0	-25	0	-25

Bei der Polizei sind 514 Planstellen A 9 zur Übernahme von Kommissar-anwärterinnen und -anwärtern kw gestellt mit Fälligkeit 31.12.2018. Weitere 150 kw-Stellen zum 31.12.2019 werden für die Fortsetzung des Stellenpools für Lebensarbeitszeitverlängerungen eingerichtet.

Fälligkeit

Nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Ge- samt	unter Vorbe- halt	Perso- nen- gebun- den	2018	2019	2020	2021	2022	2023 ff.
Einzelplan, hiervon	2.042	112	16	1.166	559	82	23	16	68
• Polizei	1058	-	16	530	502	-	-	-	10
• Bezirksregierungen	908	109	-	622	46	65	23	-	43
• Ministerium	75	2	-	14	11	17	-	16	15
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-	-	-

5.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Polizei, Allgemeiner Verwaltungsdienst und spezielle Laufbahnen) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehende Gesamtübersicht veranschaulicht die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2018	2017
Einzelplan		2.808	2.729
● 03 110	Kommissaranwärterinnen und -anwärter	2.300	2.300
● 03 310	Verwaltungsreferendarinnen und -referendare	10	10
● 03 310	Regierungsvermessungsreferendarinnen und -referendare	59	59
● 03 310	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	8	6
● 03 310	Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter	200	184
● 03 310	Vollzugsoberssekretäranwärterinnen und -anwärter	12	7
● 03 310	Regierungssekretäranwärterinnen und -anwärter	63	47
● 03 310, TG 70	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	18	11
● 03 310, TG 71	Umweltreferendarinnen und -referendare	7	10
● 03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	17	16
● 03 310, TG 74	Gewerbereferendarinnen und -referendare	12	9
● 03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	64	32
● 03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwärterinnen und -anwärter	16	15
● 03 310, TG 75	Bergreferendarinnen und -referendare	7	7
● 03 750	Brandreferendarinnen und -referendare	8	8
● 03 750	Brandoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	8	8

Zur Gewinnung von mehr Polizei auf der Straße wurden die Einstellungszahlen bereits mit dem Nachtrag 2017 auf 2.300 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter erhöht. Bis zum Jahr 2022 wird dieses Einstellungsniveau mindestens beibehalten, nicht nur, um die hohen unterjährigen Abgänge im Polizeibereich künftig zeitnah kompensieren zu können, sondern perspektivisch auch um eine Erhöhung der Personalstärke der Polizei zu erreichen. Dies ist notwendig, da derzeit davon ausgegangen werden muss, dass die Belastung der Polizei in NRW, nicht zuletzt wegen der allgemeinen Terrorlage, weiter ansteigt.

Die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) ist mit 335 gegenüber dem Haushaltsjahr 2017 unverändert geblieben. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 5 im Ministerialkapitel, 101 bei der Polizei, 211 bei den Bezirksregierungen, davon 36 in der Titelgruppe 70 - Agrarverwaltung, 5 beim Institut für öffentliche Verwaltung, 10 bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und 3 beim Institut der Feuerwehr.

66 Ausbildungsstellen wurden zusammen mit dem Kapitel 03 610 (IT.NRW) in das MWIDE umgesetzt.

II.

Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	796	202	556	38	-	765	+31
Stellen	308	4	81	200	23	291	+17
Gesamt	1.104	206	637	238	23	1.056	+48
<i>ATZ-Planstellen</i>	2	-	2	-	-	2	-
<i>ATZ-Stellen</i>	6	-	1	5	-	6	-

Im Ministerium werden 57 neue Planstellen und Stellen geschaffen. Weitere Veränderungen ergeben sich durch Verlagerung und Umsetzung von Planstellen und Stellen sowie die Realisierung von kw-Vermerken. In Summe erhöht sich das Stellensoll um 48 Plan-/Stellen.

Im Einzelnen werden zur Stärkung der Inneren Sicherheit 37 neue Plan-/Stellen geschaffen. Vier Planstellen erhöhen das Stellensoll für ein ressortübergreifendes Zentrales Gesundheitsmanagement im IM.

Ferner werden 16 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten mit kw-Vermerk zum 31.12.2022 eingerichtet. Die Stellen werden den aufnehmenden Behörden/Einrichtungen längstens bis zum 31.12.2022 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab 01.01.23 sind die Angestellten dann auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

Ein weiterer Plan-/Stellenzuwachs erfolgt durch die Umsetzung von fünf Planstellen aus Kapitel 03 110 für die Koordinierung E-Government sowie von 4 Stellen aus Kapitel 11 010 für die Beschäftigung von Flüchtlingen in der Landesverwaltung.

Dagegen führen die Verlagerungen von zwei Planstellen, - je eine Planstelle nach Kapitel 03 110 und Kapitel 14 010 -, die Umsetzung von fünf Stellen für Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme sowie die Realisierung von 11 kw-Vermerken zu einer Verringerung des Stellensolls.

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	9.764.800	25.239.800	-15.475.000	-61,3
Ausgaben	148.655.000	171.654.700	-22.999.700	-13,4
• Personalausgaben	66.831.100	63.001.100	3.830.000	6,1
• Sachausgaben	81.823.900	108.653.600	-26.829.700	-24,7

Die **Einnahmen** verringern sich, da die Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahl 2017 abzusetzen sind.

Die **Personalausgaben** sind unter Berücksichtigung der oben genannten Personalveränderungen veranschlagt.

In Summe reduzieren sich die **Sachausgaben** um knapp 27,0 Mio. EUR.

Maßgebliche Einzelpositionen sind der Wegfall der Ausgaben für die Durchführung der Landtags- und Bundestagswahl 2017, Mittelumsetzungen aufgrund der Neuorganisation der Landesregierung, die Beendigung des Projektes „Gründung von Kinderfeuerwehren“ (Titelgruppe 80) sowie die Ansatzreduzierung in der Titelgruppe 83 (Prävention Jugendkriminalität).

Das Projekt „Gründung von Kinderfeuerwehren“ war für ein Jahr angelegt, bei der Prävention Jugendkriminalität erfolgt die fälligkeitsgerechte Veranschlagung.

Demgegenüber erhöhen sich die Ausgaben u.a. für den Verfassungsschutz, zur Stärkung der Inneren Sicherheit und für die ressortinterne Umsetzung der EGovG NRW.

Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- Stärkung der Inneren Sicherheit (1,2 Mio. EUR)
(u.a. Meldeportal Behörden.NRW, Annex-Kosten Stellenzuwächse)
- Verfassungsschutz (4,1 Mio. EUR)
(u.a. diverse Präventionsprogramme (Wegweiser etc.) sowie sonstiger Sachaufwand)
- Ressortinterne Umsetzung des EGovG NRW (2,5 Mio. EUR)
(Digitalisierung der Verwaltung, Einführung der E-Akte)
- Verbesserung der IT-Ausstattung (2,4 Mio. EUR)
- Miet- und Nebenkosten (1,2 Mio. EUR)

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	0	0	0	
Ausgaben	25.390.500	28.566.700	-3.176.200	-11,1
• Personalausgaben	44.884.400	48.060.600	-3.176.200	-6,6
• Sachausgaben	-19.493.900	-19.493.900	0	0,0

Das Kapitel 03 020 ist im Zuge der Umstellung des Einzelplans 03 auf EPOS.NRW bereits weitgehend aufgelöst. Mit dem Haushalt 2018 besteht das Kapitel lediglich noch aus den Beihilfen, einem Verstärkungstitel für Instandhaltungen im Bereich der anderen Kapitel sowie der Globalen Minderausgabe.

Die Ansätze für Beihilfen werden an die tatsächlichen Ausgaben angepasst. Der Ansatz für die Globale Minderausgabe verändert sich nicht und verbleibt bei rund 23,93 Mio. EUR.

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	41.186	743	40.443	-	-	40.830	+356
Stellen	6.616	80	1.817	4.441	278	6.025	+591
Gesamt	47.802	823	42.260	4.441	278	46.855	+947

<i>ATZ-Planstellen</i>	4	-	3	1		7	-3
<i>ATZ-Stellen</i>	13	-	5	8	-	21	-8
<i>Vorbereitungsdienst</i>	6.520	-	6.520	-	-	6.112	+408
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	-

Bei den Planstellen werden 468 kw-Stellen zum 31.12.2017 realisiert (Übernahmestellen für ausgebildete Kommissarinnen und Kommissare). Weitere vier Abgänge resultieren aus Verlagerungen in das Ministerialkapitel (E-Government).

Dem gegenüber stehen insgesamt 828 neue Planstellen für folgende Aufgaben:

- 650 Planstellen zur Übernahme von geprüften Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern, davon sind 514 mit kw-Vermerk zum 31.12.2018 versehen.
- 150 Planstellen zur Fortsetzung des Stellenpools für Lebensarbeitszeitverlängerungen, diese sind mit kw-Vermerk zum 31.12.2019 versehen.
- 10 Planstellen für Juristen. Diese werden als Verstärkung der Zentralabteilungen größerer PPs und LOBs zur Beantwortung juristischer Fragestellungen, zur Qualitätssicherung und zur Vertretung vor den Gerichten benötigt.
- 10 Planstellen für das LKA;
- 7 Planstellen für IT-Fachbeamte als dringend benötigte IT-Experten, die Verbeamtungsmöglichkeit soll als Anreiz dienen.
- 1 Planstelle für einen Polizeiarzt. Steigende Einstellungszahlen haben die Zahl der ärztlich zu bewertenden Unterlagen bzw. der Untersuchungen deutlich erhöht.

Bei den Stellen werden 2 kw-Vermerke realisiert. Denen gegenüber sieht der Haushaltsentwurf 593 neue Stellen für folgende Aufgaben vor:

- 500 Stellen für Verwaltungsassistenten, die Schutz- und Kriminalpolizei von Verwaltungsaufgaben entlasten sollen.

- 20 Zusätzliche Stellen für Spezialisten im LKA. Naturwissenschaftler und Sachverständige u.a. in den Bereichen Chemie, Biologie, Kfz-Elektronik sowie unterstützende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
- 20 Stellen für AMOK-TE-Training, davon 8 beim LAFP und 12 bei den Kreispolizeibehörden.
- 20 Stellen für Zuverlässigkeits- und Sicherheitsüberprüfungen. Durch Änderungen im Gewerbe- und Waffenrecht wird sich die Zahl der Erstanträge auf rund 465.500 Anfragen pro Jahr erhöhen (+250 %); ebenso werden Anträge aus folgenden weiteren Bereichen bearbeitet: Polizei einschließlich Tarifbeschäftigter, Justizvollzug, Hafensicherheit, Verfassungsschutzbehörde, Luftsicherheit, Staatsangehörigkeitsrecht, Aufenthaltsgesetz.
- 15 Zusätzliche Stellen für das LAFP aufgrund der steigenden Einstellungszahlen. Der Bedarf besteht insbesondere für Stützleistungen unter anderem für die Bereiche Waffenkammer, Lager/Fahrzeugausgabe, Schießstättenbetrieb, Verwaltung aufgrund der neuen Rahmenbedingungen.
- 5 Stellen für die Assistenz der Polizeiarzte. Es besteht ein dringender Bedarf an medizinischen Fachangestellten unter anderem für Blutabnahme, Perimetrie, Audiometrie, Sterilisierung, Laborkontakte.
- 5 Stellen für Projektaufgaben im Zusammenhang mit der Erneuerung und Erweiterung von Telekommunikationsanlagen und dem Polizeinetz.
- 3 Stellen zur Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen. Hierdurch sollen die deutlich gestiegenen Vorgangszahlen (seit 2011 um 329 %) kompensiert werden.
- 3 Stellen für das Projekt SKALA (Predictive Policing).
- 2 Stellen für Softwareeinsatz bei der Überwachung von verschlüsselter Kommunikation im Rahmen der Quellen-TKÜ.

Darüber hinaus werden mit dem Haushaltsentwurf 350 kw-Stellen bei der Polizei entfristet.

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	68.609.500	71.109.500	-2.500.000	-3,5
Ausgaben	3.244.706.500	3.152.792.300	91.914.200	2,9
• Personalausgaben	2.520.548.300	2.476.433.300	44.115.000	1,8
• Sachausgaben	724.158.200	676.359.000	47.799.200	7,1
davon sächliche Verwaltungsausgaben	473.447.800	456.608.500	16.839.300	3,7
davon Investitionen	204.241.700	166.416.800	37.824.900	22,7
davon Digitalfunk	42.776.700	49.567.300	-6.790.600	-13,7

Einnahmen

Der Rückgang bei den Einnahmen ist im Wesentlichen auf die Anpassung des Einnahme-Solls bei den Geldstrafen zurück zu führen. Grund für die erwartete Entwicklung ist der nicht mehr durch zu führende Blitzer-Marathon.

Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die Stellenveränderungen.

Sachhaushalt

Für die Sachausgaben werden im Haushaltsjahr 2018 insgesamt rund 724,16 Mio. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen übersteigt den Vorjahreswert um ca. 47,80 Mio. EUR.

- **Fuhrpark der Polizei**

19,2 Mio. EUR werden für neue Fahrzeuge insbesondere in den Bereichen Observation, Bereitschaftspolizeien und Wasserschutzpolizei veranschlagt. Die Flotte der Kanal- und Rheinstreifenboote soll sukzessive erneuert werden, weshalb 2018 Mittel für den Austausch eines Rheinstreifenbootes etatisiert werden. Demgegenüber steht eine Einsparung in gleicher Höhe auf Grund der Verschiebung des Austausches der Funkstreifenwagen Funktion 21 und gleichzeitiger Verlängerung des Leasings.

- **Persönliche Ausstattung**

5,3 Mio. EUR werden für die Erneuerung und Verbesserung der persönlichen Ausstattung, z.B. für Unterziehschutzwesten, die Trageversuchsreihe für ballistische Helme und Bodycams der Polizistinnen und Polizisten etatisiert.

- **IT-Ausstattung**

31,7 Mio. EUR sind veranschlagt, um die IT-Ausstattung zu erneuern und zu verbessern. Insbesondere die Bereiche der Infrastruktur zur Bekämpfung von Cybercrime, der diversen IT-Fachverfahren, des Pilotprojekts „Mobile Endgeräte im Streifenwagen“, der Auswertung von Massendaten und Big-Data sowie der Ausweitung der Videobeobachtung werden verstärkt.

- **Investition**

Die Ersatzbeschaffung der TKÜ-Anlage ist aufgrund der Einstellung des Supports der bisherigen Firma notwendig. Der bisherige Support (bis max. 31.12.2018) beschränkt sich lediglich auf die Aufrechterhaltung bestehender Funktionalitäten. Damit die Polizei NRW auch zukünftig über eine leistungsfähige TKÜ-Anlage verfügt, die den kriminalfachlich erforderlichen Bedarfen gerecht wird, bedarf es der Ersatzbeschaffung der gesamten TKÜ-Anlage. Die Gesamtkosten belaufen sich nach derzeitigen Planungen auf 29 Mio. EUR, die bis auf den Vorjahresbetrag von 400.000 EUR vollständig in 2018 benötigt werden.

- **Liegenschaften**

22,1 Mio. EUR sind für den Bereich der Liegenschaften vorgesehen. Dringende Bedarfe ergeben sich insbesondere bei Anmietungen auf Grund der erhöhten Einstellungszahlen sowie der räumlichen und technischen Ausstattung für zusätzliches Personal. Zusätzlich werden Mittel für die Anmietungen für AMOK-TE Trainingsflächen vorgesehen sowie für die Ausstattung von neuen Dienststellen nach Um- bzw. Neubaumaßnahmen.

- **Digitalfunk**

Beim Projekt Digitalfunk senken sich die Ansätze auf insgesamt 42,8 Mio. EUR um 6,8 Mio. EUR. Neben den reinen Betriebskosten fallen damit 2018 Investitionskosten in die Infrastruktur des BOS Digitalfunks nur noch für die Umsetzung erforderlicher Netzänderungs- und Optimierungsmaßnahmen an.

Gleichzeitig fallen aber bereits zunehmend Kosten für die Reinvestition von Digitalfunktechnik an (z.B. von Digitalfunkendgeräten), die nicht aus der TG 61 finanziert werden.

Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	34	19	12	3	-	34	-
Stellen	77	12	10	39	16	77	-
Gesamt	111	31	22	42	16	111	-

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	10.813.500	10.169.600	643.900	6,3
Ausgaben	12.773.500	12.115.500	658.000	5,4
• Personalausgaben	9.529.900	9.086.900	443.000	4,9
• Sachausgaben	3.243.600	3.028.600	215.000	7,1

Die Personalausgaben sind auf der Basis der Besoldungs- und Tariferhöhung 2017 angepasst. Bei den Sachausgaben hat die Finanzministerkonferenz auf Vorschlag der Haushaltskommission eine Erhöhung um 124.000 EUR zur Ersatzbeschaffung einer neuen Telefonanlage gebilligt.

Der Haushaltsentwurf sieht bei den Ausgaben außerdem eine Erhöhung um insgesamt 352.500 EUR für drittmittelfinanzierte Projekte vor, denen allerdings zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	4.705	1.209	2.742	747	7	4.688	+17
Stellen	3.402	65	1.543	1.693	101	3.404	-2
Gesamt	8.107	1274	4.285	2.440	108	8.092	+15
Davon							
Stammkapitel	5.281	888	2.485	1.800	108	5.278	+3
Titelgruppen gesamt	2.826	386	1.800	640	-	2.814	+12
TG 60	83	7	41	35	-	84	-1
TG 65	95	3	9	83	-	85	+10
TG 70	380	37	213	130	-	378	+2
TG 71	981	182	730	69	-	983	-2
TG 72	55	17	36	2	-	53	+2
TG 74	579	66	368	145	-	579	-
TG 75	80	26	47	7	-	80	-
TG 76	8	-	1	7	-	8	-
TG 77	1	-	-	1	-	1	-
TG 80	351	37	219	95	-	350	+1
TG 81	54	3	16	35	-	54	-
TG 83	5	-	2	3	-	5	-
TG 84	154	8	118	28	-	154	-
ATZ-Planstellen	19	4	12	3	-	30	-11
ATZ-Stellen	22	1	9	9	3	26	-4
Vorbereitungsdienst	1.074	200	712	162	-	987	+87
Auszubildende	233	-	-	-	-	233	-

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	53.649.000	54.682.400	-1.033.400	-1,9
Ausgaben	618.074.100	608.548.700	9.525.400	1,6
• Personalausgaben	453.183.900	452.301.200	882.700	0,2
• Sachausgaben	164.890.200	156.247.500	8.642.700	5,5

Die Einnahmen sind an die Ist-Einnahmen der vergangenen Jahre angepasst. Insbesondere die teilweise Gebührenfreiheit bei der Nutzung der Geobasisdaten führt zu geringeren Einnahmen beim Titel 111 80.

Personalhaushalt

Im Haushalt 2018 sind insgesamt 25 neuen Planstellen, die im Einzelnen im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter 5.2, Seite 10 einschließlich der jeweiligen Fachressorts dargestellt sind, veranschlagt. Dem stehen acht Abgänge bei den Planstellen sowie zwei bei den Stellen gegenüber, so dass sich im Saldo das Stellensoll bei den Bezirksregierungen um insgesamt 15 Planstellen gegenüber 2017 erhöht.

Die Anzahl der beabsichtigten Einstellungen für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst erhöht sich insgesamt um 80 auf 493 Stellen.

Die Personalausgaben sind unter Berücksichtigung der oben genannten Personalveränderungen und nach Vorgabe des FM berechnet.

Aussagen zu kw-Stellungen bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter 5.3, Seite 12 f.

Sachhaushalt

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Jahr 2017 um 8,667 Mio. EUR gestiegen.

- Der Ansatz für Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände verringert sich um 352.000 EUR gegenüber dem Vorjahr (Titel 511 01).
- Gegenüber 2017 reduziert sich der Ansatz für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen um 514.800 EUR (Titel 811 01).
- In der Titelgruppe 60 „Entmunitionierung“ ist der Ansatz für die Fortführung des dritten Bauabschnittes für die Modernisierung des Munitionszerlegebetriebes gegenüber 2017 um 1,017 Mio. EUR reduziert (Titel 717 60).
- Dagegen erhöht sich in der Titelgruppe 65 „Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige“ der Ansatz für die Bewachung, Verpflegung und Gesundheitsfürsorge der Ausreisepflichtigen um 3,135 Mio. EUR gegenüber 2017 (Titel 547 65).
- Des Weiteren ist in der Titelgruppe 71 „Umweltverwaltung“ der Ansatz für die nicht aufteilbaren sächlichen Verwaltungsausgaben im Bereich der Ersatzvornahme um 1,757 Mio. EUR geringer als im Jahr 2017 (Titel 547 71).
- Dagegen erhöht sich in der Titelgruppe 80 „Vermessungs- und Katasterwesen“ aufgrund der geplanten Einführung des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems (ALKIS) der Ansatz um 643.300 EUR gegenüber 2017 (Titel 535 80).
- Ebenfalls erhöht sich in der Titelgruppe 90 „Informations- und Kommunikationstechnik“ der Ansatz für Kosten für IT-Personalschulung gegenüber dem Vorjahr um 4,511 Mio. EUR (Titel 525 90).

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 60 Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen

Stellenplan

Titelgruppe 60	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	6	2	4	-	-	6	-
Stellen	20	-	7	9	4	18	+2
Gesamt	26	2	11	9	4	24	+2

Die Anzahl der **Stellen** steigt aufgrund der Einrichtung zweier zusätzlicher Verwaltungsstellen. Aufgrund des dauerhaften Anstiegs der Qualifizierungsmaßnahmen und der damit einhergehenden Steigerung des administrativen Aufwands in den Bereichen der Lehrgangsplanung sowie der Prüfungsdurchführung ist auch entsprechendes Personal notwendig. Zusätzlich ergeben sich aus der zunehmenden Digitalisierung und der Umsetzung des E-Governments auch im löV neue Anforderungen.

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	94.600	94.600	0	0,0
Ausgaben	4.526.600	4.105.400	421.200	10,3
• Personalausgaben	1.478.400	1.368.200	110.200	8,1
• Sachausgaben	3.048.200	2.737.200	311.000	11,4

Die Erhöhung der **Personalausgaben** ergibt sich aus der oben genannten Ausweitung des Stellensolls.

Der **Sachhaushalt** steigt aufgrund einer Erhöhung der Mittel für Aus- und Fortbildung. Ursächlich sind im Kern die bereits erwähnten zusätzlichen Qualifizierungsmaßnahmen. Bei den Teilnehmertagen ist für das Jahr 2018 eine Zunahme von ca. 6.800 Teilnehmertagen zu erwarten. Da attraktive Ausbildungsangebote und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten aktuelle Entwicklungen und Fortschritte beinhalten müssen, ist in diesem Zusammenhang auch der zunehmenden Digitalisierung und der Einführung des E-Governments durch eine Ausweitung des Dozentenpools sowie die Bereitstellung aktueller Unterrichtsmaterialien Rechnung zu tragen.

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

Titelgruppe 61 Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW

Stellenplan

Titelgruppe 61	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	13	6	6	1	-	11	+2
Stellen	21	-	4	17	-	16	+5
Gesamt	34	6	10	18	0	27	+7

Der Stellenplan der Fortbildungsakademie wird in 2018 um insgesamt 7 (Plan-) **Stellen** ausgeweitet (2 Planstellen, 5 Stellen). Maßgeblich dafür ist insbesondere die Einrichtung eines neuen Fachbereichs E-Government (1 Planstelle, 3 Stellen), um das Fortbildungsangebot optimal auf die sich aus dem E-Governmentgesetz ergebenden Anforderungen ausrichten zu können.

Darüber hinaus ist auch die Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle in der Verwaltung erforderlich, da sich der administrative Aufwand durch die steigenden Teilnehmerzahlen bereits deutlich erhöht hat. Hinzu kommt in 2018 noch die Anmietung des Gebäudeteils B von der Stadt Herne, wodurch zusätzlicher dauerhafter Verwaltungsaufwand anfällt.

Des Weiteren wurden zwei Stellen budgetneutral eingerichtet zur Übernahme der Empfangs-/ Rezeptionskräfte in den Landesdienst. Eine weitere (dauerhafte) Personalgestellung durch einen externen Dienstleister wäre aus rechtlichen Gründen nicht mehr möglich und der Einsatz ständig wechselnden Personals in diesem Bereich würde zu deutlichen Effizienzverlusten führen. Die Einrichtung dieser beiden Stellen ist aufkommensneutral, da in gleicher Höhe Mittel im Sachhaushalt eingespart werden können.

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	129.800	129.800	0	0,0
Ausgaben	8.972.900	8.413.200	559.700	6,7
• Personalausgaben	1.941.700	1.531.000	410.700	26,8
• Sachausgaben	7.031.200	6.882.200	149.000	2,2

Die Erhöhung des **Personalhaushalts** ergibt sich aus der oben genannten Ausweitung des Stellenplans.

Der **Sachhaushalt** steigt hauptsächlich durch die erforderliche Ausstattung des neuen Fachbereichs E-Government mit Sachmitteln (Dozentenpool, Unterrichtsmaterial, Unterbringung/ Verpflegung) sowie die Investitionskosten zur räumlichen Ausstattung des neu angemieteten Gebäudeteils B.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Stellenplan

	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	335	277	49	9	-	281	+54
Stellen	123	1	23	99	-	66	+57
Gesamt	458	278	72	108	0	347	+111
<i>ATZ-Planstellen</i>	<i>1</i>	<i>0</i>	<i>1</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>1</i>	<i>-</i>

An der FHöV werden insgesamt 111 neue **Planstellen und Stellen** für Lehre und Verwaltung bereitgestellt.

Aufgrund der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter auf 2.300 pro Jahr ab 2017 wurden 24 zusätzliche Planstellen für Lehrende geschaffen. Für die räumliche Unterbringung der bis 2019 kumulativ somit stetig ansteigenden Studierendenzahl im Polizeibereich muss die FHöV in 2018 zwingend zwei zusätzliche Außenstellen einrichten. Für deren Aufbau und Betrieb sind insgesamt 9 zusätzliche Verwaltungsstellen erforderlich.

Darüber hinaus wurden weitere 27 Planstellen für Lehrende in einem ersten Schritt eingerichtet, um die Qualität der Lehre auch für den bereits erfolgten zusätzlichen starken Anstieg der Studierendenzahl in allen Fachbereichen einschließlich des Polizeivollzugsdienstes schrittweise zu steigern. Hier sind insbesondere die Vorgaben des Hochschulrechts zur Ausstattung mit hauptamtlich Lehrenden, die Akkreditierungskriterien sowie die Vermeidung von Unterrichtsausfällen als maßgebliche Gründe zu nennen. Einhergehend damit wurden auch weitere 5 Verwaltungsstellen (3 Planstellen, 2 Stellen) zur Bewältigung des zusätzlichen Aufgabenanfalls neu geschaffen.

Des Weiteren wurden unter Einsparung bei den Mitteln für Aushilfskräfte 46 Stellen in der Verwaltung (vgl. Laufbahngruppe 1.2) *budgetneutral* eingerichtet. Hierbei handelt es sich um Aufgaben, die aufgrund des stetigen Anstiegs der Studierendenzahl sowie der immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen nicht mehr nur temporär anfallen. Es war daher aus rechtlichen Gründen ebenso wie aus arbeitsökonomischen Gründen geboten, statt befristeter Arbeitsverhältnisse dauerhafte Stellen einzurichten.

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	27.700	46.000	-18.300	-39,8
Ausgaben	62.698.000	49.684.200	13.013.800	26,2
• Personalausgaben	34.941.600	28.216.400	6.725.200	23,8
• Sachausgaben	27.756.400	21.467.800	6.288.600	29,3

Die Erhöhung des **Personalhaushalts** ergibt sich aus der bereits beschriebenen Ausweitung des Stellensolls.

Bei den Entgelten für Aushilfen ergibt sich insbesondere durch die Anpassung der Richtlinie für Nebentätigkeiten sowie die neue Honorarordnung ein Mehrbedarf. In geringerem Umfang gibt es zwar auch einen Mehrbedarf durch die notwendige Generierung zusätzlicher Lehrbeauftragter, dieser wird jedoch durch die bereits beim Stellenplan erläuterten Einsparungen aufgrund der Einrichtung zusätzlicher Stellen in der Verwaltung kompensiert. Die Mittel für Aushilfskräfte in 2018 sinken somit sogar im Saldo.

Bei den **Sachausgaben** ist die Erhöhung der Ansätze im Kern auf die Einrichtung der beiden zusätzlichen Außenstellen zurückzuführen. Aufgrund der seit Jahren kontinuierlich steigenden Studierendenzahl ist die FHöV an die Grenzen ihrer räumlichen Kapazitäten gestoßen. Eine Unterbringung der jährlich zusätzlichen 300 Kommis-saranwärterinnen und Kommis-saranwärter ab 2017 (bis 2019 auf insgesamt 900 zusätzliche Studierende aufwachsend) ist an den bestehenden Standorten nicht möglich. Unter Nutzung aller temporären Möglichkeiten und Übergangs-Notlösungen ist es gelungen, den Einstellungsjahrgang 2017 provisorisch in den vorhandenen Lie-genschaften unterzubringen. Spätestens bis zum Studienbeginn des Einstellungs-jahrgangs 2018 am 01.09.2018 ist jedoch die Inbetriebnahme zweier weiterer Au-ßenstellen zur Aufrechterhaltung eines ordnungsgemäßen Lehrbetriebs zwingend erforderlich.

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	380.000	380.000	0	0,0
Ausgaben	75.357.500	61.537.600	13.819.900	22,5
• Personalausgaben	126.000	141.000	-15.000	-10,6
• Sachausgaben	75.231.500	61.396.600	13.834.900	22,5

Bei den **Einnahmen** haben sich keine Änderungen ergeben.

Bei den **Sachausgaben** sind für die Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren (Titelgruppe 60) in 2018 keine Ausgaben veranschlagt. Die Titelgruppe wurde im Jahr 2014 mit einem Gesamtbudget von 5 Mio. EUR eingerichtet und war von Anfang an auf die letzte Legislaturperiode (bis 2017) beschränkt. Für die Titelgruppe 60 wird ein Strichansatz bereitgestellt, um eventuell später eingehende Schlussrechnungen in 2018 durch die Inanspruchnahme der Ausgabereste aus dem Haushaltsjahr 2017 begleichen zu können.

Losgelöst von der Titelgruppe 60 soll die Personalwerbekampagne zur Gewinnung neuer Mitwirkender bei der ehrenamtlichen Arbeit der Feuerwehren in NRW fortgeführt werden. 1,190 Mio. EUR sind in 2018 hierfür bei Titel 531 00 veranschlagt.

Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten zum 1.7. des Haushaltsjahres eine fachbezogene Pauschale in Höhe von aktuell jeweils 30.000 EUR (Titel 633 13). Es werden 2,6 Mio. EUR weniger bereitgestellt, da die Anbindung der 52 kommunalen Leitstellen an den Digitalfunkstecker abgeschlossen ist.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (Titel 883 10) errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 97 Mio. EUR (siehe Einzelplan 20, Kapitel 20 010), abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt 38,06 Mio. EUR, somit rund 15,43 Mio. EUR mehr als 2017 (Titel 883 10). Ausgezahlt werden jedoch Zuschüsse in bisheriger Höhe von rund 35 Mio. EUR. Der Differenzbetrag wird für eventuelle Mehrausgaben bei den übrigen Ausgabetiteln der Kapitel 03 710 und 03 750 genutzt (siehe Haushaltsvermerk Nr. 4 bei Kapitel 03 710).

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW Münster

Stellenplan

	2018	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2017	+/-
Planstellen	102	32	63	7	-	98	+4
Stellen	40	-	12	20	8	39	+1
Gesamt	142	44	83	15	0	137	+5
<i>Vorbereitungsdienst</i>	<i>32</i>	<i>16</i>	<i>16</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>24</i>	<i>+8</i>
<i>Auszubildende</i>	<i>12</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>-</i>	<i>12</i>	<i>-</i>

Insgesamt sind **4 neue Planstellen** (LG 2.2) für das Institut der Feuerwehr NRW eingerichtet, 2 Planstellen für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr, 1 Planstelle für den Digitalfunk und 1 Planstelle für die Leitung der Vergabestelle.

1 neue Stelle (LG 2.1) ist vorgesehen für Facility Management.

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	1.145.000	1.145.000	0	0,0
Ausgaben	21.875.900	22.695.800	-819.900	-3,6
• Personalausgaben	8.376.300	7.879.600	496.700	6,3
• Sachausgaben	13.499.600	14.816.200	-1.316.600	-8,9

Bei den **Einnahmen** haben sich keine Änderungen ergeben.

Die **Personalausgaben** sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die oben genannten Änderungen im Stellenplan.

Beim **Sachhaushalt** vermindert sich der Ansatz bei den Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume (Titel 518 01) um 100.000 EUR, da die Notwendigkeit der Anmietung von weiteren Büroarbeitsplätzen für die als Ausfluss des Gutachtens „Neuausrichtung IdF“ einzuplanenden Mitarbeiter nicht mehr gesehen wird.

Die Aufwendungen für Gastdozenten und Prüfungsvergütungen (Titel 546 11) steigen um 55.000 EUR, weil die Fortbildungsveranstaltungen für Stäbe erheblich ausgeweitet werden.

Bei den kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten werden 325.000 EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Die zusätzlichen Mittel werden benötigt für die Klimatisierung zweier Räume im Lehrsaalgebäude B3, für den Anschluss des Blockheizkraftwerks an das Trafohäuschen des Geländes an der Wolbecker Straße und für die notwendige Entwässerung des Außengeländes.

Die finanzielle Abwicklung der Baumaßnahme des Lehrsaalgebäudes C ist in 2018 abgeschlossen. Daher wird kein Ansatz bei Titel 715 00 veranschlagt.

Aufgrund des geringeren Bedarfs an neuen Dienstkraftfahrzeugen in 2018 wird der Ansatz für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen (Titel 811 01) um rund 1,12 Mio. EUR gesenkt.

Zusätzlich wird der Ansatz für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen (Titel 812 00) aufgrund des geringeren Gesamtbedarfs an neuen Geräten und Ausrüstungsgegenständen um 520.000 EUR gesenkt.

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	16.590.700	18.219.200	-1.628.500	-8,9
Ausgaben	42.580.700	46.010.000	-3.429.300	-7,5

Die **Erstattungen von Entschädigungslasten** durch den Bund sind aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im **Sachhaushalt** sind die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz an Empfänger im Ausland an die voraussichtliche Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.430.200	2.430.200	0	0,0
Ausgaben	203.028.100	198.033.600	4.994.500	2,5
• Personalausgaben	198.933.800	195.835.400	3.098.400	1,6
• Sachausgaben	4.094.300	2.198.200	1.896.100	86,3

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund der Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die durch die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Instituts der Feuerwehr NRW entstehenden Ausgaben (Kapitel 03 750) sind in den Deckungskreis der zweckgebundenen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer einbezogen, gleiches gilt für die 2017 neu eingerichteten Stellen für Aufgaben der Gefahrenabwehr in den Kapiteln 03 010 und 03 310.

Im **Sachhaushalt** wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an den Bund, die Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

**Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizei-
behörden und Polizeieinrichtungen des Landes
sowie ihrer Hinterbliebenen**

Einnahmen und Ausgaben

	2018	2017	+/-	in v.H.
Einnahmen	2.370.700	2.370.700	0	0,0
Ausgaben	1.077.842.700	1.015.121.600	62.721.100	6,2
• Personalausgaben	1.072.363.100	1.010.905.100	61.458.000	6,1
• Sachausgaben	5.479.600	4.216.500	1.263.100	30,0

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger ermittelt.

Bei den **Sachausgaben** sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355

poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

